

Wolfgang Kruse/Thomas Sokoll

Von der „Pöbelherrschaft“ zur „Volksvertretung“: Zum Bedeutungswandel der Begriffe ‚Demokratie‘ und ‚Repräsentation‘ im Übergang von Alteuropa zur Moderne

So sehr sich die Gesellschaften der westlichen Moderne in der konkreten Ausgestaltung ihres politischen Systems unterscheiden, etwa im Hinblick auf das Wahlrecht, die Rolle des Parlaments oder die Stellung des Staatsoberhauptes, so einig sind sie sich darin, dass sie allesamt dem Leitbild der „repräsentative Demokratie“ folgen. Die Vorstellung, das durch die periodische Wahl von Abgeordneten geschaffene Parlament, welches dann die Regierung bestimmt und kontrolliert, stelle gleichsam ein verkleinertes Abbild des ‚Volkes‘ dar, ist uns heute so selbstverständlich, dass sie beinahe als ‚natürliche‘ politische Ordnung erscheint. Historisch jedoch ist das glatte Gegenteil der Fall. In der alteuropäischen Tradition der politischen Theorie war die Demokratie seit der Antike als chaotische „Pöbelherrschaft“ verpönt und niemand wäre auf die Idee gekommen, politische „Repräsentation“ mit Wahlen oder gar dem „Volk“ verknüpfen zu wollen. Erst mit dem Konzept der Volkssouveränität wurde im späten 18. Jahrhundert ein völlig neues Fundament der politischen Partizipation gelegt, damit aber der alte Argwohn gegen die Demokratie bekräftigt, da eine direkte Volksherrschaft auf der neuen Basis breiter Partizipationsrechte als praktisch unmöglich galt. Erst die technische Umdeutung des Repräsentationsbegriffs im Sinne einer Abbildfunktion eröffnete im 19. Jahrhundert den liberalen und sozialdemokratischen Ausweg des ‚demokratischen Prinzips‘, der aber so lange umstritten blieb, wie ihm das konservative Bollwerk des ‚monarchischen Prinzips‘ entgegenstand.

In unserer Übung wollen wir diesen Umbruch im Bedeutungsfeld von ‚Demokratie‘ und ‚Repräsentation‘ nachzeichnen, indem wir zentrale Quellentexte und klassische Forschungsbeiträge diskutieren und dabei sowohl die alteuropäische Tradition als auch deren Zertrümmerung durch die spezifisch modernen Theorieansätze berücksichtigen. Das Material wird den Teilnehmern ab Anfang September in Form eines digitalen Readers zugänglich sein.

Literatur

Ideal zum ersten Einlesen ist Dolf Sternberger, *Nicht alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Studien über Repräsentation, Vorschlag und Wahl*, Stuttgart u.a.: Kohlhammer 1971. Die beste Blütenlese der einschlägigen Quellen bietet wie immer GGB (= *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hg. v. Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koeselleck, 8 Bde, Stuttgart: Klett(-Cotta) 1972-97), und zwar in unserem Fall: Werner Conze/Hans Maier/Christian Meier/Hans Leo Reimann, Demokratie, GGB, Bd. 1 (1972), 821-899; Adalbert Podlech, Repräsentation, GGB, Bd. 5 (1994), 509-547.